

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleiter: Anton Heutmann, Düsseldorf, Konkordiastr. 7. Fernruf 4423. Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konkordiastraße 7. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Züth, Kirchstraße Nr. 65-65. Fernruf: 4692.

## Der Tote.

Es lag schon lang ein Toter vor unserm Drahtverhau;  
Es hörte ihn die Sonne, es kühlte ihn Wind und Tau.  
Ich sah ihm alle Tage in sein Gesicht hinein,  
Und glaubte immer fester: es muß mein Bruder sein.  
Ich sah's in allen Stunden, wie er so vor mir lag,  
Und hörte seine Stimme aus frohem Friedenstag.  
Hört in der Nacht ein Weinen, das aus dem Schlaf mich trieb:  
„Herzallerliebster Bruder — hast du mich nicht mehr lieb?“  
Bis ich, trotz allen Kugeln, zur Nacht mich ihm genah,  
Und ihn geholt, geprüft: ein fremder Kamerad.  
Es irrten meine Augen. Mein Herz, du irrst dich nicht;  
Es hat ein jeder Toter des Bruders Angeficht.

Heinrich Derich.

## Festsetzung der Höchstpreise für Brotgetreide.

Der Bundesrat hat in den letzten Tagen wichtige Beschlüsse gefaßt, die geeignet sind, bei den Verbrauchern eine gewisse Genugtuung auszulösen; wir meinen die Beschlüsse bezüglich der Festsetzung der neuen Höchstpreise für Getreide, vor allem für Brotgetreide. Eine kurze Betrachtung über diese Beschlüsse ist durchaus am Platze.

Da sei gleich vorweggenommen, daß die gehegten Befürchtungen sich glücklicherweise nicht erfüllt haben; der Bundesrat hat von einer Erhöhung der Preise für Brotgetreide abgesehen. Damit ist nicht gesagt, daß diese Befürchtungen grundlos waren. Eine amtlich bediente Korrespondenz hatte bereits berichtet, daß eine Erhöhung in Aussicht genommen sei.

Vorn ist ja allerdings zuzugeben, daß die Produktionskosten in der Landwirtschaft außerordentlich gestiegen sind. Wie unser gesamtes Wirtschaftsleben, so leidet auch sie unter der allgemeinen Materialverteuerung; sie muß weiter die Futter- und Düngemittel zu wesentlich höheren Preisen erstehen. Dazu kommt die Einziehung der Pferde, die Erschwerung des Transportes, der Mangel an Betriebsleitern und Maschinenpersonal und an landwirtschaftlichen Arbeitern überhaupt. Aber selbst wenn man das alles zugibt, wäre u. E. eine Herabsetzung der Höchstpreise doch unangebracht gewesen. Es muß doch berücksichtigt werden, wie die vorjährigen Höchstpreise zustande gekommen sind. Sie wurden erst festgesetzt, nachdem die Getreidepreise bereits gemaltig in die Höhe geschossen und ein Zurückkehren zu vernünftigen und gerechten Preisen nicht mehr möglich war, weil große Getreidemengen ihren Besitzer schon zwei- oder dreimal gewechselt hatten. Die damals festgesetzten Höchstpreise brachten zweifellos auch weiten landwirtschaftlichen Kreisen außerordentliche Vorteile, zumal ja für die vorjährige Getreideernte wesentlich erhöhte Produktionskosten kaum geltend gemacht werden konnten; sie sind so bemessen, daß sie wohl auch heute noch der Landwirtschaft einen mindestens gerechten Ausgleich für die erhöhten Betriebskosten bieten.

Es ist darum durchaus verständlich, daß der Gedanke einer Erhöhung der Höchstpreise für Brotgetreide in der Öffentlichkeit einen fast einmütigen Widerspruch auslöste. Dieser Widerspruch mag mit dazu beigetragen haben, den Einfluß gewisser agrarischer Kreise zurückzudrängen und den Bundesrat zu veranlassen, die allgemeinen sozialen Rücksichten über die Wünsche und Forderungen bestimmter Interessengruppen zu stellen. Auf jeden Fall ist sein Beschluß, es bei den bisherigen Höchstpreisen zu belassen, im Interesse der Verbraucher, vor allem der minderbemittelten, sehr zu begrüßen.

Eine Milderung gegenüber dem bisherigen Zustand tritt jedoch insofern ein, als die Zahl der früher vorgesehenen 32 Höchstpreisbezirke auf 4 größere Preisgebiete eingeschränkt wird. Gleichzeitig wird die seither vorhandene Spannung zwischen den Getreidepreisen der einzelnen Bezirke vermindert. Während sich im Vorjahr die Roggenpreise zwischen 209 M. und 237 M. bewegten, also eine Spannung

von 28 M. aufwiesen, stellen sich die Preise jetzt auf 215 M. bis 230 M., die Spannung beträgt also nur noch 15 M. Der Geltungsbereich des niedrigsten Höchstpreises für inländischen Roggen mit 215 M. ist durch die Hauptorte Königsberg, Danzig, Bromberg, Posen, Breslau und Kleinow gekennzeichnet. Der folgende Höchstpreis mit 220 M. gilt für das Gebiet mit den Hauptorten Stettin, Berlin, Rostock, Schwerin, Magdeburg, Dresden und Leipzig. Das dritte Preisgebiet mit 225 M. ist durch die Hauptorte Emden, Bremen, Hamburg, Kiel, Hannover, Braunschweig, Kassel, Erfurt und Zwickau abgegrenzt. Das vierte Preisgebiet mit 230 M. umfaßt ganz Süddeutschland sowie die Rheinprovinz und Westfalen mit den Hauptorten München, Stuttgart, Mannheim, Straßburg, Saarbrücken, Frankfurt a. M., Köln, Aachen, Duisburg und Dortmund.

Für die nichtgenannten Orte ist der Höchstpreis gleich dem des nächstgelegenen Hauptortes. Die Preise für Weizen sind wie bisher um 40 M. höher wie die Roggenpreise. Das System der Zuschläge für die Lagerung des Getreides durch den Landwirt, ist beibehalten worden. Die Zuschläge zu obengenannten Preisen betragen ab 1. Januar 1916 halbmönatlich 1.50 M.

Die Festsetzung der Mehlpreise obliegt nach wie vor den Kommunalverbänden. Ihnen erwächst somit eine außerordentlich wichtige Aufgabe. Sie haben in Zukunft dafür zu sorgen, daß die ungesunde Spannung zwischen den Mehl- und Getreidepreisen, die mehrere Kriegsmonate hindurch über 200 M. die Tonne betrug, vermindert und die Mehlpreise soweit wie möglich herabgedrückt werden. Wir stimmen der „Deutschen Tagesztg.“ durchaus zu, wenn sie schreibt:

„Der Zustand, daß die großen Mühlenmüllern Riesengewinne zu verzeichnen hatten, und das Brot dadurch ganz ungewöhnlich verteuert wurde, darf sich unter keinen Umständen wiederholen. Wenn es vor einiger Zeit als eine besonders erfreuliche Leistung der Kriegsgetreidegesellschaft bezeichnet wurde, daß der Mehlpreis herabgesetzt werden konnte, so war es vielmehr eine besondere, aber nichts weniger als erfreuliche „Leistung“, daß er auf eine in jeder Hinsicht ungerechtfertigte Höhe hinaufsteigen konnte. Eine angemessene Festsetzung des Mahllohnes und der sonstigen Speisen für den Mahlverkehr muß unter allen Umständen dafür sorgen, daß der Mehlpreis den Getreidepreisen entspricht; und wenn sich in dem Preise für Backware die Tendenz zeigen sollte, das durch die Mehlpreise begründete Maß zu überschreiten, so muß auch hier, wo freilich mancherlei Bedingungen örtlicher Art mitsprechen, eingeschritten werden.“

Auch wir sind der Ansicht, daß heute, wo manche Lebensmittel überhaupt nicht mehr, andere nur zu enorm hohen Preisen zu haben sind, alles getan werden muß, um den unteren Volksschichten wenigstens Mehl und Brot zu angemessenen Preisen zu verschaffen. Das ist nicht nur notwendig, um einer Unterernährung breiter Volksschichten vorzubeugen, sondern auch um diesen das Durchhalten zu erleichtern.

Noch eines muß gefordert werden. Die vom Bundesrat vorgenommene Neuregelung der Lebensmittelversorgung bestimmt, daß den Betrieben, die Brotgetreide oder Mehl verarbeiten (ausgenommen die Mühlen, Bäckereien und Konditoren), also speziell den Teigwarenfabriken, Brotgetreide und Mehl statt durch die Kommunalverbände, in Zukunft durch die Reichsgetreidestellen geliefert wird. Da wäre nun dringend zu wünschen, daß dementsprechend für die Teigwaren auch Höchstpreise festgesetzt würden. Die Bevölkerung wird bei den heutigen Fleischpreisen und dem sich verschärfenden Fleischmangel mehr denn je gerade auf derartige Mehlpreisen angewiesen sein. Es ist also ein außerordentlich wichtiges Allgemeininteresse, daß für die Festsetzung dieser Höchstpreise spricht. Das Gleiche gilt von den Nahrungsmitteln, die aus der beschlagnahmten Hafer- oder Gerstenernte hergestellt werden.

Der christlich-nationalen Arbeiterschaft wie auch allen anderen Vertretungen der Konsumenteninteressen erwachsen somit neue wichtige Aufgaben. Es gilt dahin zu wirken, daß die Regelung der Mehl- und Brotpreise, sowie der Preise für Teigwaren eine für die Konsumenten möglichst günstige wird.

## Sprechende Zahlen.

G.K. Derjenige wäre nicht wert, den deutschen Namen zu tragen und diese große Zeit mitzuerleben, der nicht zu den größten notwendigen Opfern im Interesse des Vaterlandes entschlossen ist. Von diesem Gedanken der Opferbereitschaft ist wohl ohne Ausnahme auch die Arbeiterschaft durchdrungen.

Nun hat sich aber die Lage der Textilarbeiterschaft sehr schwierig gestaltet, zumal ihre Lohnverhältnisse schon in Friedenszeiten sehr zu wünschen übrig lassen. In den Familien, die eine größere Kinderzahl aufweisen, fehlt es oft am aller nötigsten. Wie diese Familien leben, dafür zwei Beispiele aus der Praxis:

1. Familie von 7 Personen (Eltern und 5 Kinder unter 14 Jahren).

Frühstück (Milchsuppe).	
1 Liter Milch	0,20 M.
200 Gramm Maisgries	0,24 "
50 Gramm Butter	0,10 "
1 1/2 Pfd. Kriegsbrot	0,33 "
Zutaten	0,15 "
	1,02 M.

Mittagessen (dicke Graupen- oder Bohnensuppe).	
300 Gramm Graupen oder Bohnen	0,36 M.
250 Gramm Speck oder Fleisch mit etwas Fett	1,05 "
2 Pfd. Kartoffeln	0,12 "
Zutaten	0,20 "
	1,73 "

Abendessen.	
a) Rest des Mittagessens (wenn noch was da ist)	
b) Reibkuchen — hergestellt aus Kartoffeln — mit Schwarzbrot. Kostenpunkt:	
2 Pfd. Kartoffeln	0,12 M.
1/4 Liter Del	0,30 "
2 Pfd. Schwarzbrot	0,30 "
Zutaten	0,05 "
	0,77 "

Das macht eine Wochen Ausgabe allein für Nahrungsmittel von 24,64 M. Auf den Kopf der Familie entfallen pro Tag 50 Pfg.

2. Familie von 8 Personen (Eltern und 6 Kinder unter 14 Jahren).

Frühstück.	
Kaffee mit Brot (ohne Aufstrich)	0,48 M.
Mittagessen.	
5 Pfd. Kartoffeln	0,35 "
Fett	0,40 "
Gemüse	0,15 "
Sonstige Zutaten	0,10 "
Buttermilch mit Grütze	0,25 "
Vesperbrot.	
Kaffee mit Schwarzbrot (ohne Aufstrich)	0,35 "
Abendessen (Reibkuchen).	
5 Pfd. Kartoffeln	0,35 "
Fett zum Backen	0,25 "
Dazu 1/4 Liter Milch pro Tag	0,30 "
	2,98 "

Das macht eine Wochen Ausgabe für Nahrungsmittel von 20,86 M. Auf den Kopf der Familie entfallen pro Tag ganze 33 Pfg.

Diese beiden Küchenzettel wurden uns von zwei Mitgliedern zur Verfügung gestellt. Sie reden, aufmerksam durchgesehen, eine deutliche Sprache. Kein Mensch wird bestreiten wollen, daß hier von einem wirklichen Notstand gesprochen werden kann. Der Verdienst der betr. Mitglieder betrug im ersten Falle durchschnittlich 1,— M. und im zweiten Falle 2,— M. pro Woche mehr, wie der Nahrungsmittelaufwand beträgt. Davon soll nun noch Miete gezahlt, Abgaben entrichtet, Kleidung u. angekauft werden. Ein Ding der Unmöglichkeit. Dabei sind solch zahlreiche Familien in unseren Mitgliedertreihen nichts seltenes und der Verdienst in manchen Fällen noch geringer.

Die Aufstellungen stammen aus einem Ort, an welchem sich ein Mädchenheim (sog. Hospiz) befindet. Die Mädchen zahlen dort 1,20 M. Postgeld pro Tag. Dieser Betrag wird für die Verpflegung unter den heutigen Verhältnissen als eben hinreichend bezeichnet. Dabei fällt ins Gewicht, daß in dem Mädchenheim durch Masseneinkauf der Produkte und Massenzubereitung der Mahlzeiten sich noch manches ersparen läßt. Man vergleiche nun mit dem Betrag von 1,20 M. den Betrag von 50 und sogar 33 Pfg., der bei den vorstehenden Aufstellungen pro Tag auf den Kopf der Familie an Nahrungsmittelaufwand entfällt.

So sieht es in manchen Arbeiterfamilien aus. Mit lebhaftester Freude begrüßt darum die Arbeiterschaft alle Schritte, die, besonders in letzter Zeit, von der Regierung und speziell von den Generalkommandos unternommen werden, um eine ungerechte Verteuerung des Lebensunterhaltes zu verhindern. Aber ein weiteres ist notwendig: Auch die Löhne der Textilarbeiter bedürfen in vielen Fällen dringend der Verbesserung. Während der Kriegszeit sind nach der Richtung manche Schritte von unserem Verbande unternommen worden. In manchen Fällen hat das Erfolg gehabt.

Nach wie vor hat darum die Arbeiterschaft alle Veranlassung, an der gewerkschaftlichen Organisation festzuhalten. Sie ist es, die immer und immer wieder bestrebt ist, auch in dieser schweren Zeit für die Arbeiterinteressen einzutreten und dafür zu sorgen, daß auch die Arbeiterschaft den vaterländischen Interessen entsprechend durchzuhalten vermag.

### Allgemeine Rundschau.

#### Der Verband evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands.

Der Verband hat eine neue Werbeschrift herausgegeben. Aus ihr entnehmen wir, daß er im Oktober 1908 mit 8 Vereinen und 800 Mitgliedern gegründet wurde und am 1. Januar 1915 45 Vereine mit 4800 Mitgliedern zählte. Seit dem 1. April 1909 besitzt der Verband ein eigenes Organ, das monatlich erscheint und eine Auflage von 5000 Exemplaren hat. Es ist jetzt in allen Vereinen für mindestens zwei Drittel der Mitglieder obligatorisch eingeführt.

Die Verbandsleitung betrachtet als ihre Hauptaufgabe die Vertretung der Interessen der evangelischen Arbeiterinnen in der Öffentlichkeit, sowie die Neugründung von Arbeiterinnenvereinen und deren Zusammenfassung in einer einheitlichen Organisation. Gefördert wurden diese Bestrebungen durch die Anstellung einer beruflich vorgebildeten Kraft als Sekretärin. Die hierfür notwendigen Kosten wurden erst durch freiwillige Spenden, seit Juni 1913 durch einen einstimmig beschlossenen Sekretariatsbeitrag von 25 Pfg. pro Mitglied und Jahr gedeckt. Leider scheinen die Bestrebungen des Verbandes, möglichst alle evangelischen Arbeiterinnenvereine in sich zu vereinigen, nicht überall das nötige Verständnis zu finden. So wird in der Werbeschrift z. B. von Versuchen berichtet, einzelne Arbeiterinnenvereine in Verbindung mit anderen Vereinen zu gründen, oder Arbeiterinnenvereine unter Ausschaltung des Verbandes nach Provinzen zusammenzuschließen. Mit Recht wird betont, daß damit die Bewegung an Einfluß und Aktionskraft verliere; daß den auf anderem Boden arbeitenden und nach anderen Zielen strebenden Organisationen nur dann ein Damm entgegengesetzt werden kann, wenn auf unserer Seite mit allen Kräften und in voller Einmütigkeit gewirkt wird.

Es folgt dann noch ein Bericht über die wichtigsten Beschlüsse der Verbandstage. Uns interessiert dabei vor allem der 1913 gefaßte Beschluß in der Gewerkschaftsfrage. Er betont die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation für die Verbandsmitglieder und empfiehlt in erster Linie die christlichen Gewerkschaften. Mitgliedern anderer Gewerkschaften soll im Verband nur dann Raum gegeben werden, wenn diese nicht im Gegensatz zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung stehen.

Der Verband erweist sich somit als ein treues Glied der letzteren. Wir können darum dem am Schluß der Werbeschrift ausgesprochenen Wunsch, daß die Erfolge der prächtigen deutschen Einheit während des Krieges in den Kreisen der evangelischen Arbeiterinnen und Arbeiterinnenvereine auch die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Einheit in der evangelischen Arbeiterinnenvereinsbewegung wecken und fördern möge, nur zustimmen.

#### Der Geist der deutschen und der englischen Arbeiterbewegung.

Der dänische Abgeordnete Nielsen, Leiter des sozialdemokratischen Pressebureaus in Kopenhagen, wohnt der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bei. Seinem Bericht über die Tagung fügt er laut „Soz. Praxis“ folgende allgemeine Bemerkungen bei, die, weil sie aus neutralem Munde kommen, doppelt interessant sind:

Die guten Leute, welche bei uns wieder versuchen, den alten Haß gegen das deutsche Volk zu erwecken, kennen nicht die Verhältnisse, welche in unserer Zeit zwischen den Arbeitern Deutschlands und denen der anderen Länder bestehen. Sie sollen hingehen auf die Arbeitsplätze und in die Fabriken und mit den Arbeitern sprechen, die sich in der Welt umgesehen haben, und sie würden dann hören, daß sie so ziemlich alle durch Deutschland gewandert sind. Und alle werden sie bezeugen, daß unsere jungen Arbeiter, die in die

weite Welt zogen um etwas zu lernen, gerade in Deutschland das größte Entgegenkommen fanden. Dort konnten sie Arbeit suchen, wo sie wollten, und wenn sie sich ihren Organisationen angeschlossen, die ihnen überall offen standen, dann waren sie sofort gute Kameraden mit den Söhnen des großen Landes. Wohlwollend öffnete Deutschland seine Fabriken — und besonders seine mechanischen Werkstätten — nicht allein den dänischen, sondern auch den schwedischen und norwegischen Arbeitern. Alle waren willkommen, selbst in Zeiten herrschender Arbeitslosigkeit unter den deutschen Arbeitern. Ein solches Entgegenkommen fanden die norwegischen Arbeiter nicht in den anderen Ländern, und am allerwenigsten in England.

Zum Vergleich hiermit wollen wir eine Begebenheit, die sich kürzlich innerhalb der englischen Gewerkschaften zugetragen hat, hier anführen. Mehrere Abteilungen des Formerverbandes hatten die Frage der Stellung der belgischen Former in England unter dem Krige zum Anlaß einer Untersuchung gemacht und folgende Fragen an die Verbandsleitung gestellt: 1. Können die belgischen Former Erlaubnis erhalten, in unseren Werkstätten zu arbeiten? 2. Können sie Mitglieder unserer Organisation werden? 3. Was soll mit jenen geschehen, die bereits in Arbeit getreten sind? Der Hauptvorstand des englischen Formerverbandes antwortete hierzu: „Solange noch einzelne von unseren Mitgliedern arbeitslos sind, können belgische Former keine Erlaubnis erhalten, in unsern Werkstätten zu arbeiten. Sollte die Zeit kommen, wo wir außerstande sind, der Nachfrage nach Formern zu entsprechen, können wir darauf eingehen, daß die Belgier Arbeit unter der Bedingung erhalten, daß die Unternehmer versprechen, im Falle Entlassungen vorgenommen werden müssen, dann die belgischen Former zuerst an die Reihe kommen. Die belgischen Former, welche in Arbeit treten, haben die Beiträge der Klasse-Mitglieder zu zahlen, ohne jedoch bezugsberechtigte Mitglieder unserer Organisation zu werden.“ Im Gegensatz hierzu haben die deutschen Arbeiter durch Jahre hindurch sozusagen ihr Brot mit jedem Klassengenossen geteilt, der vom Ausland in ihr Land kam, und sie haben dadurch keinen Schaden erlitten. Die deutschen Gewerkschaften sind mit Riesenschritten gewachsen und die Löhne der Arbeiter gestiegen.

Das ist dieses wirksame Land des Fortschrittes, von dem die Arbeiterklasse in der Zukunft noch große Dinge zu erwarten hat.

Ja, ja; wir „Wilde“ sind doch bessere Menschen!

#### Gegen den Lebensmittelwucher.

Erfreulicherweise ist nun auch der Bundesrat dazu übergegangen, durch eine besondere Verordnung dem Lebensmittelwucher das Handwerk zu legen. Die Verordnung hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Werden Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungs- und Futtermittel aller Art sowie rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe, die vom Eigentümer zur Veräußerung erzeugt oder erworben sind, zurückgehalten, so kann das Eigentum an ihnen durch Anordnung der Landeszentralbehörde oder der von ihr bezeichneten Behörde auf eine in der Anordnung zu bezeichnende Person übertragen werden. Die Anordnung ist an den Besitzer der Gegenstände zu richten; das Eigentum geht über, sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht.

§ 2. Der Uebernahmepreis wird unter Berücksichtigung des Einkaufspreises und der Güte und Verwertbarkeit der Gegenstände von der höhern Verwaltungsbehörde nach Anhörung von Sachverständigen endgültig festgesetzt. Sie bestimmt darüber, wer die haren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat. Einkaufspreise auf Grund von Verträgen, die in den letzten zwei Wochen vor der Bekanntgabe der Enteignungsanordnung an den Besitzer oder vorher in der Absicht geschlossen worden sind, einen höhern Uebernahmepreis zu erzielen, werden bei Feststellung des Preises nicht berücksichtigt. Der Uebernahmepreis ist bar zu zahlen.

§ 3. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft: 1. wer für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungs- und Futtermittel aller Art, für rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe sowie für Gegenstände des Kriegsbedarfs Preise fordert, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, insbesondere der Marktlage, einen übermäßigen Gewinn enthalten, oder solche Preise sich oder einem andern gewähren oder versprechen läßt; 2. wer Gegenstände der unter Nr. 1 bezeichneten Art, die von ihm zur Veräußerung erzeugt oder erworben sind, zurückhält, um durch ihre Veräußerung einen übermäßigen Gewinn zu erzielen; 3. wer, um den Preis für Gegenstände der unter Nr. 1 bezeichneten Art zu steigern, Vorräte vernichtet, ihre Erzeugung oder den Handel mit ihnen einschränkt oder andere unlautere Maßnahmen vornimmt; 4. wer an einer Vererbung oder Vererbung teilnimmt, die eine Handlung der in Nr. 1 bis 3 bezeichneten Art zum Zwecke hat.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erlangt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Beurteilten gehören oder nicht. Ferner kann angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzumachen sei.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung (23. Juli) in Kraft.

An der strengen Durchführung dieser Verordnung muß auch das Publikum mitwirken. Es wird darum notwendig sein, daß in den Städten und auf dem Lande solche Behörden zur Entgegennahme und Prüfung etwaiger Anzeigen bestimmt und öffentlich bekanntgegeben werden, die in keiner Weise an irgendwelchen Lebensmittelgeschäften interessiert sind. In Preußen können z. B. in Betracht die Stadtverwaltungen und die Landräte. Natürlich muß auch das Publikum schon vor jeder Anzeige den Sachbestand einer objektiven und gewissenhaften Prüfung unterziehen. Es dürfen nicht leichtfertig Anzeigen und Beschuldigungen erhoben werden, das würde die Wirkung der Bundesratsverordnung nur beeinträchtigen. Eventuell könnten auch die Konsumentenanschlüsse beschwerden entgegennehmen, sie prüfen und erforderlichenfalls zur Anzeige bringen.

Auf jeden Fall bietet die Bundesratsverordnung richtig angewandt — eine wirksame Handhabe, um den unlauteren Maßnahmen im Lebensmittelgeschäft zu begegnen.

#### Städtische Lebensmittelversorgung.

Wir haben in der vorigen Nummer bereits über den städtischen Gemüseverkauf in Düsseldorf berichtet. Auch andere Städte haben einen derartigen Gemüseverkauf eingerichtet. Ueberall wurden damit ganz nette Erfolge erzielt. So ergaben sich z. B. in Pöhl zwischen dem städtischen und dem privaten Gemüseverkauf folgende Preisunterschiede: Es kosteten

	bei der Stadt	auf dem Markt
Rotkohl	15 Pfg.	22 Pfg.
Weißkohl	15 "	25 "
Wirsing	8 "	11 "
Zwiebeln	10 "	28 "
Birnen	5 Pfd. 45 "	1 Pfd. 15 "

In Mülheim (Ruhr) ist der Unterschied zwischen dem Preise bei den Händlern und bei der Stadtverwaltung noch größer. Es wurden bezahlt für:

	bei der Stadt	auf dem Markt
Grüne Bohnen	1 Pfd. 14 Pfg.	20 Pfg.
Wachbohnen	1 " 19 "	25 "
Kohlrabi	1 St. 3-4 "	7 "
Möhren	1 Bund 4 "	10 "
Weißkohl	1 Kopf 10-15 "	30-35 "
Wirsing	1 " 10-15 "	30-35 "

Bald aber gingen die Preise der Händler zurück. Gegen Mittag gaben diese z. B. grüne Bohnen schon um die Hälfte und die Kürbisse um ein Drittel billiger ab wie zu Beginn des Marktes. Auch die Waldbereen sanken um 10 Pfg. im Preise.

Wirksame Maßnahmen zur Beschaffung billiger Lebensmittel hat auch die Stadt Ulm ergriffen. Vor längerer Zeit schon rief sie eine „Genossenschaft für rationelle Schweinezucht“ ins Leben, an der die Stadt selbst stark beteiligt ist. Von der Genossenschaft bezieht sie nun jährlich 2 bis 3000 Schweine. Auf diese Weise war es ihr laut „Frankf. Zig.“ möglich, das Schweinefleisch, dessen Marktpreis pro Pfund 1,40 Mark beträgt, an Minderbemittelte und jetzt auch an Kriegerfamilien um den mäßigen Preis von 1 Mark abgeben zu können. Nach dem Welingen dieses Unternehmens hat die Stadtverwaltung auch Versuche mit der Beschaffung von Ochsen- und Rindfleisch gemacht, indem sie prächtige Tiere der Simmentaler und fränkischen Rasse mästen läßt, wofür sie lediglich den Marktpreis der Gewichtsdifferenz zwischen An- und Ablieferung zu bezahlen hat. Dadurch kann die Stadt Ochsen- und Rindfleisch augenblicklich an die in Betracht kommenden Preise zu 1,05 Mark pro Pfund verkaufen. Ferner ist seit der Kriegszeit auf den der Stadt gehörenden Feldern eine Gesamtfläche von 71 Tagwerk mit nahezu 700 Zentnern Kartoffeln bepflanzt worden. Es wird ein Ertrag von etwa 8500 Zentnern erwartet, so daß die Stadt ihren Kartoffelbedarf selbst decken kann. Die Kosten dieser ganzen Anlage werden sich einschließlich des Kartoffeltransportes nach Ulm voraussichtlich auf höchstens 16000 Mark stellen, so daß sich bei einem Verkaufspreis von 3 Mark pro Zentner ein Gewinn von nahezu 10000 Mark (der bisherige Pachtvertrag betrug 10000 Mark) erzielen läßt. Die Anlage hat also neben ihrem sozialen Charakter noch eine günstige finanzielle Seite. Durch diese Unternehmungen hat sich die Stadt Ulm von der jeweiligen Marktlage und damit auch von den Preissteigerungen und Teuerungen unabhängig gemacht.

### Aus unserer Industrie.

#### Eine verfehlte Maßnahme.

Die Zutespinn- und Weberei in Ostfriesland hat am 9. Juni nachstehenden Fabrikanschlag veröffentlicht:

„Die Direktion gibt sich stets die größte Mühe Spinnmaterial herbeizuschaffen, damit die Fabrik nicht geschlossen zu werden braucht und unsere Arbeiter Gelegenheit haben, verdienen zu können. Wer jetzt mit oder ohne Kündigung fortgeht, wird später nicht mehr angezählt.“

Die Bemühungen der Direktion, Spinnmaterial herbeizuschaffen in Ehren; wir verstehen es auch, wenn die Firma ihre tüchtigen Arbeiter sich zu erhalten sucht. Der Weg aber den sie einschlägt, ist angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse in der Textilindustrie doppelt verwerflich. Hoffentlich sorgen die zuständigen Stellen dafür, daß dieser Anschlag außer Kraft gesetzt und entfernt wird.

#### Gegen die Verrichtung von Ueberstunden in der Baumwollindustrie.

Die Handelskammer zu Chemnitz hat nachstehende, sehr beherzigenswerte Erklärung erlassen:

„Unter dem Eindrucke des Herstellungsverbotes für Baumwollstoffe sollen, wie bemerkt wird, viele Fabriken, die bis vor kurzem ihren Betrieb erheblich eingeschränkt hatten, neuerdings voll, zum Teil sogar mit Ueberstunden arbeiten. Vereinzelt sollen sogar die bisher leerstehenden Webstühle noch mit Ketten belegt worden sein.“

Mit solchen Maßnahmen würde offensichtlich nicht nur die vorhandene Baumwollmenge in erheblichem Umfange der Herstellung von Herstellungsbedarf entzogen, sondern es würde auch die Absicht durchkreuzt, die vorhandenen Bestände möglichst zu strecken und der Industrie und ihren Arbeitern noch möglichst lange Beschäftigung — wenn auch in stark eingeschränktem Umfange — zu sichern. Die Maßnahmen könnten bis zu einem gewissen Grade entschuldbar erscheinen, wenn das Herstellungsverbot am 1. August in seiner vollen Schärfe in Kraft träte. Nach Erlaß der unter dem 14. dieses Monats vom Preussischen Kriegsministerium veröffentlichten Ausnahmeheschlüsse fällt aber jeder einigermaßen berechtigte Anlaß weg. Es liegt vielmehr in der Durchführung solcher Maßnahmen eine Gefährdung des Allgemeinwohls zugunsten einzelner.



tenierung der Lebenshaltung durch den Krieg bereits voraus-
gekl. Nach Ansicht der Kommission unserer Vereinigung
ist aus diesem Grunde zu einer systematisch durchgeführten
weiteren Lohnerhöhung in Biersen durchaus kein Anlaß
mehr gegeben.

Die Vorstandsmitglieder und Fabrikabschlussmitglieder
der beiderseitigen Organisationen waren erstaunt ob solcher
Antwort. Eine solche hatten dieselben nicht für möglich
gehalten. Nach genauester Feststellung der wirklich vor-
liegenden Verhältnisse unterbreiteten die Organisations-
leiter den Arbeitgebern folgendes Schreiben:

Krefeld, den 9. Juli 1915.
An die Kommission der allgemeinen Vereinigung
der Arbeitgeber Biersens, z. S. des Vorsitzenden,
Herrn Fritz Goeters

Biersen.
Wir haben Ihr Schreiben vom 16. Juni 1915 erhalten.
Nach einer Rücksprache mit den in der Textilindustrie Biersens
beschäftigten Arbeitern erwidern wir höchstfolgendes:

Die Arbeitgeber irren, wenn sie annehmen, daß die
Löhne der Arbeiter während des Krieges bis zu 50% ge-
stiegen seien: im Gegenteil, das Einkommen der Arbeiter
ist gerade während des Krieges, also in der Zeit der ge-
wöhnlich hohen Lebensmittelpreise, bedeutend zurück-
gegangen. Denn im Anfang des Krieges haben mehrere
Firmen ihre Fabriken geschlossen und wochenlang geschloffen
gehalten, später dann die Arbeiter mit gekürzter Arbeitszeit
beschäftigt. Aber auch, als ein besserer Geschäftsgang ein-
setzte haben die Löhne keine Aufbesserung erfahren, wohl
sind in nicht wenigen Fällen Lohnabzüge vorgenommen
worden. So kürzte die Firma Coenen u. Lappes den
Heldern den Stundenlohn um 5 Pfg. und den Windermenn
den Akkordlohn um 2 Pfg. für das Kilo. Die Firma Aug.
Goeters entließ mehrere Aufseherinnen, ließ dieselben
Maschinen mit der Hälfte der früheren Arbeitskräfte bedienen,
erhöhte aber nicht diesen Arbeitern den Lohn für die zu
leistende Mehrarbeit. Die Aktienpinnerie beschäftigte
ihre Arbeiter mit Überarbeit, eine besondere Vergütung
dafür aber zahlte sie nicht, obgleich dies schon durchweg in
Friedenszeiten üblich war. Ähnliche Vorkommnisse können
wir noch mehr anführen.

Aus alledem geht nach unserer Auffassung zur Genüge
herber, daß von einer Steigerung der Löhne und des
Einkommens der Arbeiter gar nicht die Rede sein kann,
und deshalb bitten wir die Arbeitgeber unter Hinweis auf
unser Schreiben vom 9. Juni 1915 nochmals, den in der
Textilindustrie Biersens beschäftigten Arbeitern eine an-
gemessene Teuerungszulage zu gewähren.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands,
Joh. Müller, Bezirksleiter;
Deutscher Textilarbeiterverband,
Bernh. Brüggemann, Gauleiter.

Darauf erhielten dieselben dann als Antwort:

Krefeld, den 12. Juli 1915.
An den Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands
und den Deutschen Textilarbeiterverband

Auf das Schreiben vom 9. cr. erwidere ich höchst, daß
zu einer neuen Stellungnahme seitens der Kommission der
Vereinigung der Arbeitgeber Biersens kein Grund vorliegt
und ich deshalb eine solche herbeizuführen nicht versuchen kann.

Die Angaben in meinem Schreiben vom 16. pfto. stimmen
genau. Die Lage bei Ausbruch des Krieges ist für heutige
Entscheidungen wohl nicht mehr maßgebend und eine Ein-
mischung in Maßnahmen einzelner Firmen entzieht sich der
Kompetenzen unserer Vereinigung.

Hochachtungsb!
F. Goeters.

Unsererseits soll nicht verhehlt werden, daß wir denn
doch eine andere Stellungnahme seitens der Arbeitgeber
erwartet hätten. Auf die in dem Schreiben aufgestellte
Behauptung von der Steigerung der Löhne einzugehen,
müssen wir uns angesichts des Burgfriedens versagen.
Unverständlich aber ist es, daß in dieser ersten und
schweren Zeit eine wahrhaft recht bescheidene Bitte der
Arbeiter in einer Art und Weise abgelehnt wird, als ob
Arbeitgeber und Arbeitnehmer in bitterster Fehde sich
kampfbereit gegenüber ständen. Die Arbeiter aber
wünschen und verlangen rein nichts anderes, wie die
Möglichkeit zu haben, zum Nutzen und Wohle des Vater-
landes durchhalten zu können.

### Bericht aus den Ortsgruppen.

Aachen. Ein Situationsbericht Aachen, an der
äußeren Westgrenze unseres lieben Vaterlandes gelegen, war
in den ersten Wochen des Krieges der Schauplatz gewaltiger
Truppenbewegungen. Schon in den ersten Augusttagen gab
ferner Kommandanten der Bevölkerung Kunde, von dem be-
ginnenden mächtigen Weltkrieg. Die allüberall lag auch
hier das Wirtschaftslieben völlig darnieder. Der Einmarsch
unserer Truppen jedoch, brachte wieder eine Belebung des
Arbeitsmarktes, indem die Arbeitslosigkeit wieder abnahm.
Im vergangenen Winter und Frühjahr gab es sogar Hoch-
konjunktur. Was die Aachener Industrie an Kapazitäts-
vermögen gezeigt hat, ist geradezu erstaunlich. Das unsere
Textilarbeiterkraft hierbei ebenfalls nicht geringe Opfer gebracht
hat, braucht kaum erwähnt zu werden. Der seit Jahren die
bekannteste Herrentuchweberei bearbeitet hat, und blühendes
Wachstum erleben soll, was dieses Unlücken bedeutet. Aber
unsere Aachener Textilarbeiterkraft hat bewiesen, daß sie solche
Schwierigkeiten zu überwinden versteht. Die Aufträge der
Herrenverwaltung waren im Winter und Frühjahr so vielfältig,
daß die noch vorhandenen Arbeitskräfte bei weitem nicht aus-
reichten. Vielfach wurden junge Arbeitskräfte angeleitet, die
beim Feiern der Konjunktur im Sommer wieder abgezogen
wurden. Der gegenwärtige Geschäftsgang ist ein schleppender.
Es trifft dieses die Arbeiterfamilien umso empfindlicher, weil
die Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse nun ein be-
deutendes gestiegen sind. Daher erheben eine Eingabe für eine
Teuerungszulage an den Arbeitgeberverband berechtigt. Die
Verbandsleitung übermittelte die Wünsche der Arbeiterkraft
an den genannten Verband. Dieselben wurden jedoch ableh-
nend beschied. Im Interesse unserer armen Textilarbeiter-
bevölkerung ist dieses zu bedauern, denn was in Zuständen
indiglich ist, dürfte auch in Aachen nicht unendlich sein. Mit
elementarer Gewalt wird auch hier der Arbeiterkraft die Not-
wendigkeit einer strengen, alle umfassenden Organisation vor-
 Augen geführt.

Das gewerkschaftliche Leben innerhalb unserer Ortsgruppe
hat sich wesentlich anders gestaltet. Eine große Zahl unserer

Mitglieder steht unter den Fahnen. Von den Vorstandsmit-
gliedern sind mehr als die Hälfte einberufen. Unter Vertrauens-
mann Kollege Wilh. Olfmann trägt ebenfalls des Königs
Rock. Auch die Zahl unserer Betriebsvertrauensleute hat sich
bedeutend vermindert. Trotz all dieser Fährnisse wurde die
Organisation von den Dahingeblichen aufrecht erhalten.
Zwar ließ das Verfallenswesen in der Vergangenheit zu
wünschen übrig; umso erfreulicher war der gute Besuch unserer
Mitgliederversammlung am 21. Juli. Auch unsere Kolleginnen
waren in stattlicher Anzahl erschienen. Nach Erledigung der
geschäftslichen Sachen, gedachte der Vorsitzende, Kollege Dar-
tholom, in ehrenvollen Worten der aus dem Leben Geschiedenen.
Von den Dahingeblichen starben zwölf, auf dem Felde der
Ehre hielten sieben unserer Mitglieder. In der üblichen Weise
ehrten die Versammelten die verstorbenen Mitglieder. Vor-
sitzender verlas hierauf die Briefe zweier Vorstandsmitglieder
aus dem Felde. Dieselben ermahnten die Mitglieder mit Mut
durchzuhalten, damit der nach jahrelanger Arbeit aufgebaute
Verband tatkräftig erhalten bleibe, da derselbe nach dem Kriege
noch notwendiger sein werde als vorher.

Bezirksleiter Weber hielt alsdann einen Vortrag über:
„Unsere Bewegung und der Krieg“, worin auch die
Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt einer eingehenden
Besprechung unterzogen wurden. In der nachfolgenden Aus-
sprache wurden die Darlegungen von einigen Kollegen von der
praktischen Seite beleuchtet. Die Ausführungen gipfelten in
dem Gedanken, um durchhalten zu können ist eine Verbilligung
der Lebensmittelpreise notwendig, wie solche vom Bezirksrat
Nachen, in einer Depeche an den Stellvertreter des Reichs-
kanzlers gefordert wurden.

Im nachfolgenden Punkte wurde der Vorstand wieder
vollständig ergänzt. In dankenswerter Weise hatten sich nach
Rücksprache, eine Anzahl unserer alten Gewerkschaftler bereit
erklärt, die entstandenen Stellen auszufüllen. Einstimmig wäh-
lten daher die Versammelten folgende Kollegen in den Vorstand:
Gustav Menzerath, Hubert Meinen, Gerhard Mertens, Wilh.
Wierig, Peter Serpous, Josef Hörster, Theodor Haenrich, Paul
Schütt und Wilh. Küpper. Nunmehr ist alles wieder intakt.
Gelagt zu werden verdient noch, daß die Beitragsleistung der
Mitglieder, trotz der schwierigen Zeit, eine geregelte ist. Diese
Generalversammlung bildet ein Werkstück in der Geschichte der
Aachener Ortsgruppe. Sie hatte einen vollen einmütigen
Erfolg. Nunmehr heißt es mit Mut und Ausdauer weiter-
gearbeitet für unseren lieben christlichen Textilarbeiterverband.

Nach einem kernigen patriotischen Schlusswort, gesprochen
vom Kollegen Johannes Suren aus Turen, welcher die
Freundschaft hat, unsere Mitglieder anstelle des einberufenen
Kollegen Olfmann zu bedienen, erfolgte der Schluss der schon
verkauften Versammlung mit dem Spruch: „Gott segne die
christliche Arbeit.“

Neugersdorf (Oberlausitz). Ein Webereinerband ist,
wie die Tagespresse meldet, hier kürzlich für die sächsische
Oberlausitz gegründet worden. Zum geschäftsführenden Vor-
stand wurden Herr Kommerzienrat Oswald Hoffmann (i. Fa.
August Hoffmann) Neugersdorf, und als dessen Stellvertreter
Herr Generaldirektor Waibel (i. Fa. Hermann Wünsche Erben)
in Oberschönbach gewählt. Kassierer ist Herr Felix Hoffmann (i.
Fa. E. G. Hoffmann) in Neugersdorf. Der Arbeitsausschuß
setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Kommerzienrat
Ernst Köhler (i. Fa. E. F. Köhler) in Bittau, Fabrikant
Erich Preibich (i. Fa. E. A. Preibich) in Reichenau, Fabrikant
Otto Engert (i. Fa. Baumwollspinnerei Kirchau E. Otto Engert)
in Kirchau, Fabrikant Fritz Römer (i. Fa. August Römer)
in Osbau, Fabrikant Richard Henle (i. Fa. Kreutziger u. Henle)
in Leutersdorf, Fabrikant E. Lehmann (i. Fa. Friedr. Fabian jun.)
in Großschönbach, Fabrikant Gottlieb Große (i. Fa. J. G. Große)
in Cunewalde, Fabrikant Reinhold Sprötte (i. Fa. E. Woll) in
Eibau und Kommerzienrat Th. Richter (i. Fa. Richter u. Gold-
berg) in Großschönbach. Stellvertreter sind die Herren Fabrikanten
Friedr. Wagner (i. Fa. Wagner u. Co.) in Bittau, Fabrikant
Hermann Dreuer (i. Fa. E. W. Dreuer) in Reichenau, Fabrikant
Paul Thomas (i. Fa. E. G. Thomas) in Witten, Fabrikant
Hermann Zentich (i. Fa. H. Zentich) in Seifhennersdorf, Fabrikant
Gustav Jähmann (i. Fa. E. G. Jähmann) in Großschönbach,
Fabrikant Wilh. Klotz (i. Fa. F. W. Klotz) in Cunewalde und
Fabrikant Alwin Bauer (i. Fa. Steurich u. Bauer) in Eibau.
Geschäftsführer ist Herr Dr. Martin Ritterlich in Neugersdorf.
Es gehören 78 Firmen mit insgesamt 25.000 Webstühlen
dieser Vereinigung an. Ueber den Zweck dieses Verbandes ist
bis jetzt noch nichts an die Öffentlichkeit gedrungen.

### Für die Kriegsküche und Hauswirtschaft.

Ein Einkaufertag.
Der Ortsausschuß für Konsumenteninter-
essen der Stadt Elberfeld veranstaltete mit Hilfe des
Hauptvereiner Hausfrauenbundes einen Ein-
käuferertag, um für Zucker, Süßrahmbutter,
Eier und Malztaffe die Kleinverkaufspreise
festzustellen, für Zucker zudem eine Qualitätsver-
gleichung durchzuführen und weiter festzustellen, ob im
Allgemeinen Einkaufertagen in der Abgabe von Zucker
gemacht werden und welche. Zugleich sollte der Ein-
käuferertag einen Einblick in die Warenverteilung unserer
Stadt ermöglichen und ein Bild davon geben, wie sich
der Warenstrom in die Stadt ergießt und sich im Klein-
handel verteilt. Hieraus sollten bestimmte Lehren
gezogen und zugunsten der Verbraucherseite verwandt
werden. Die Ergebnisse des ersten Einkaufertages
liegen jetzt bearbeitet vor. Der Ortsausschuß für Kon-
sumenteninteressen bemerkt dazu, daß es verkehrt wäre,
wollte man von den Ergebnissen dieses ersten Einkaufertages
aus bestimmte Gesetze für die Warenverteilung
unserer Stadt festlegen und als allgemein gültig aufstellen.
Um das zu tun, seien die Erfahrungen mehrerer Einkaufertage
notwendig, die nicht nur für die vorerwähnten,
sondern auch für andere weitere Artikel beabsichtigt seien.
Bei dem beschränkten zeitlichen Wert der Ergebnisse des
ersten Einkaufertages seien die festgestellten Tatsachen
aber so wichtig und von solchem Werte, daß sie wohl
beachtlich zu werden verdienen. Beispielsweise wurden 92 Ge-
schäfte, davon 63 in Arbeitervierteln, 14 in Beamten-,
5 im Villen- und 10 im Geschäftsbezirk. Für Würfel-
zucker ergaben sich Preise von 30 bis 40 Pfg., für Stampf-
zucker von 28 bis 37 Pfg., für Einmachzucker von 28
bis 41 Pfg. Die Preisunterschiede betragen mithin beim
Würfelzucker 10 Pfg., beim Stampfzucker 9 Pfg. und

beim Einmachzucker 12 Pfg. für ein Pfund, Unterschiede,
die viel zu hoch sind und nicht in den Verhältnissen be-
gründet sein können. Die Hauptpreisgruppen waren beim
Würfelzucker 32, 33, 34 und 35 Pfg., beim Stampfzucker
30 und 32 Pfg. und beim Einmachzucker 32, 33, 34 und
35 Pfg. Der Friedenspreis stellte sich für Würfelzucker
auf 23 Pfg., für Stampfzucker auf 21 Pfg. Mit den
vorstehenden Durchschnittspreisen von 33,2 bzw. 31,1 Pfg.
verglichen, ergibt sich eine Wertenerhöhung von rund 10 Pfg.
oder 43,5 Prozent bzw. 47,6 Prozent. Würfelzucker war
in 12 Geschäften gleich 13,0 Prozent, Stampfzucker in 11
Geschäften gleich 11,9 Prozent und Einmachzucker in 57
Geschäften gleich 61,9 Prozent nicht zu haben. Ein-
schränkungen bei Abgabe von Zucker wurden verhältnis-
mäßig wenig gemacht. Vier Geschäfte gaben den Zucker
1 Pfundweise ab, ein Geschäft bis zu 2 Pfd., ein Geschäft
bis zu 3 Pfd., zwei Geschäfte bis zu 5 Pfd., 22 Geschäfte
bis zu 10 Pfd., ein Geschäft, Stampfzucker mehrere Pfund,
ein Geschäft ermäßigte den Preis (33 Pfg.) bei Entnahme
von 5 Pfd. auf 31 Pfg., bei Entnahme von 10 Pfd. auf
29 Pfg. Bei der Qualitätsvergleichung wurde festgestellt,
daß die Qualität im Preise keinen Ausdruck gefunden hat,
daß also der Preis kein Maßstab für die Güte und Qualität
ist. Niedrige Preise und gute Qualität finden sich neben
höheren Preisen und geringeren Qualitäten nicht nur in
Einzelfällen, sondern durchgehend. Im Durchschnitt wur-
den die niedrigeren Preise im Arbeiterviertel, die höchsten
im Villenviertel verlangt. Der prozentuale Anteil der
guten Ware an der Gesamtmenge war im Arbeiterviertel
am geringsten, dagegen im Villenviertel am größten.
Durchschnittlich wird also im Arbeiterviertel, auf die
Gesamtmenge berechnet, geringere Ware verkauft. Die
Preisbildung war im Arbeiterviertel am unruhigsten.
Dort waren die Schwankungen am größten, während sie
in den andern Bezirken niedriger waren, am niedrigsten
im Villenviertel. Bei der in 93 Geschäften erfolgten
Ermittlung der Butterpreise ergab sich ein Durchschnitts-
preis von 178,2 Pfg. Die Hauptpreisgruppen ergaben
180, 185 und 190 Pfg. Der niedrigste Preis betrug 170,
der höchste 200 Pfg. Der Preisunterschied betrug somit
30 Pfg. In 23 Geschäften gleich 24,7 Prozent war
Butter nicht zu haben. Wird der Durchschnittspreis von
178,2 Pfg. mit einem Friedenspreise von 140 Pfg. ver-
glichen, so ergibt sich eine Wertenerhöhung von 38,2 Pfg.
oder 27,2 Prozent. Malztaffe wurde zum Preise von
40 bis 60 Pfg. verkauft. Die Hauptpreisgruppe 55 Pfg.
war in 73 von 91 Geschäften vertreten. Bei einem
Friedenspreise von 35 Pfg. liegt für Malztaffe aber
eine Wertenerhöhung von 20 Pfg. oder 57,1 Prozent vor.
Bei Eiern bildeten die Hauptpreisgruppen 15, 16, 17
und 18 Pfg., besonders 17 Pfg.

### Ehren-Tafel.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland

- Wilhelm Schlaf aus M.-Gladbach.
Joseph Mainz aus Rheyt.
Hubert Willkomm aus Greyell.
Hermann Hupertz aus M.-Gladbach.
Jakob Linden aus M.-Gladbach.
Franz Riedo aus Münchenbernsdorf.
Nicola Reul aus Eupen.
Wilhelm Wolf aus Hardt.

Wir wollen Ihr Andenken in Ehren halten.
Den Familien der Gefallenen unser innigste Beileid.

### Versammlungskalender.

Aachen. 8. August, 11 1/2 Uhr, im Lokale Hubert Schreuf,
Dottstraße, Altenberg, Kartellversammlung.
Pöhlen. 8. August, morgens 10 Uhr, bei Uemmelens.
Elberfeld. 8. August, 11 Uhr, im Lokale Hertentath, Klobbahr.
Greifswald. 8. August, 5 Uhr, im Lokale W. Konrad Hammes.
Sindeln. 15. August, 5 1/2 Uhr, im Lokale Frau Ww. Gahnert,
Gerngberg.
Weller. i. Allgäu. 8. August, 7 1/4 Uhr, im Lokale „Zur
Krone“, H. Stadl.

### Inhaltsverzeichnis.

Der Lote — Artikel: Festlegung der Höchstpreise für
Kriegsbedürfnisse. — Sprechende Zahlen. — Familien: Der Späth.
— Allgemeine Rundschau: Der Verband evangelischer Ar-
beiterinnenvereine Deutschlands. — Der Geist der deutschen
und der englischen Arbeiterbewegung. — Gegen den Lebens-
mittelmangel. — Städtische Lebensmittelversorgung. — Auf
unserer Industrie: Eine verheerende Maßnahme. — Gegen die
Berechtigung von Überstunden in der Baumwollindustrie. —
Die Textilindustrie im Juni. — Aus dem Verbandsgebiete:
Lohnbewegungen und Arbeitslosigkeit: Heiden-
heim. — Biersen. — Berichte aus den Ortsgruppen:
Aachen. — Neugersdorf. — Für die Kriegsküche und Hauswirt-
schaft. — Ehrentafel. — Versammlungskalender.